



**POSITIONSPAPIER**  
des Wilhelmshavener  
SPD-Landtagskandidaten

**HOLGER  
ANSMANN**





**Holger Ansmann**  
Mit Weitblick, Herz und Verstand.  
Für Wilhelmshaven.

# Justizpolitik

## Justiz in Niedersachsen – schnell, effizient und bürgernah

Die rechtsprechende Gewalt ist für uns unverzichtbares Element und Grundpfeiler der rechtsstaatlichen Ordnung. Unser Bild der Justiz ist das Bild der „Dritten Gewalt“ im Staat, zu der alle Bürgerinnen und Bürger Zugang haben, die sich offen und modern zeigt und die in angemessener Zeit zu fachlich hoch qualifizierten und gerechten Entscheidungen findet. Die Leistungsfähigkeit der Justiz zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger ist sicherzustellen. Durch den seit Jahren anhaltend hohen Druck auf die Bediensteten steigt jedoch die Arbeitsunzufriedenheit, es leidet durch den anhaltenden Zeitdruck die Qualität und damit letztlich und entscheidend auch die Gerechtigkeit. Zu einer gerechten Justiz gehört, die Arbeitsbelastung der in der Justiz Beschäftigten umfassend zu ermitteln und das notwendige Personal hierfür zur Verfügung zu stellen. Für die Bürgerinnen und Bürger ist Zeit nicht nur Geld, sondern Teil des ihnen verfassungsrechtlich verbürgten Justizgewährungsanspruchs. Es kommt einer Kapitulation des Rechtsstaats gleich, wenn Gerichte nicht mehr in der Lage sind, binnen angemessener Zeit verbindlich Recht zu sprechen. Wir wollen den Rechtsfrieden in unserer Gesellschaft wahren und vor allem sicherstellen, dass alle Bürgerinnen und Bürger ihre Rechte unabhängig von ihrem Geldbeutel durchsetzen können. Wir wenden uns daher gegen Privatisierungsbestrebungen in der Justiz. Wir wollen Entscheidungen der Justiz in einem möglichst schnellen Zeitraum, der dennoch ausreichend Raum für Ermittlungen und genaue Arbeit lässt. Außerdem wollen wir die Verankerung der Justiz in der Fläche sichern und gleichzeitig Synergieeffekte nutzen. Die SPD erteilt Bestrebungen zu Veränderungen bei der Prozesskostenhilfe und der Beratungshilfe, welche den Zugang sozial schwächerer Bevölkerungsschichten zur Justiz verhindern, eine Absage.

## Arbeit in der Justiz gerecht bewerten

In diversen Bereichen stellen wir eine notwendige Spezialisierung fest. Hierzu gehören beispielsweise Verfahren im Bereich des Wirtschaftsstrafrechtes, der Korruptionsbekämpfung und der Internetkriminalität. Daher kommt Fortbildungen insgesamt ein immer höheres Gewicht zu, sie sollen daher auch zur Regel im Bereich des Richtergesetzes werden. Fortbildungsaktivitäten müssen bei der Leistungsbewertung für Bewerbungen um Beförderungsstellen berücksichtigt werden. Damit korrespondiert allerdings ein breites vorzuhaltendes Fortbildungsangebot. Die R-Besoldung für Richterinnen und Richter sowie für die Staatsanwältinnen und Staatsanwälte ist ein bewährtes und zu erhaltendes Instrument. Wir setzen auf eine hohe Qualität und werden hierfür Nachwuchswerbeprogramme entwickeln. Die Juristenausbildung gehört auf den Prüfstand. Elemente, die für Praxiserfahrung sorgen, sind zu stärken. Wir treten ein für eine Überprüfung des Richtergesetzes mit dem Ziel der Stärkung der Richterräte und der Mitbestimmung und für eine bundesweit einheitliche Gestaltung der R-Besoldungsstruktur.

## Sicherheit in der Justiz

Die Sicherheit an den niedersächsischen Justizstandorten ist uns ein wichtiges Gut. Hierfür spielen Einlasskontrollen eine wichtige Rolle. Ziel dieser Maßnahme ist es, einerseits Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Prozessbeteiligte und Besucherinnen bzw. Besucher so weit wie möglich vor Angriffen zu schützen sowie andererseits die Öffentlichkeit der Verhandlungen und damit der

Rechtsprechung zu gewährleisten. Auch hier gilt, dass wir private Sicherheitsunternehmen in den Gerichten ablehnen. Wir wollen den Justizwachtmeisterdienst attraktiv gestalten und ihn vermehrt öffnen für Frauen und Menschen mit Migrationshintergrund.

### **Moderner Justizvollzug für Niedersachsen**

Unser oberstes Ziel ist die Verhinderung von Kriminalität durch Prävention aus einem Guss mit allen Beteiligten. Wir wollen aber auch einen Justizvollzug, der auf Behandlung und Resozialisierung setzt, denn jeder Inhaftierte und jede Inhaftierte soll grundsätzlich irgendwann wieder einmal in Freiheit leben. Während der Inhaftierung muss es allerdings sichere Strukturen zum Schutz der Bevölkerung geben. Insgesamt erreichen wir jedoch nur mit einem intensiven Resozialisierungsansatz die größtmögliche Sicherheit für die Bevölkerung. Dafür benötigen wir ein modernes Niedersächsisches Justizvollzugsgesetz. Wir schätzen bei dieser Arbeit die Unterstützung durch die ehrenamtlichen Anstaltsbeiräte. Niedersachsen muss sich mit der Gestaltung der Sicherungsverwahrung auseinandersetzen. Die Bedingungen der Sicherungsverwahrung haben sich deutlich und entsprechend den Forderungen des Bundesverfassungsgerichtes von denen des Strafvollzuges abzuheben und sollen sich soweit wie möglich an die Lebensverhältnisse außerhalb des Vollzuges annähern. Die SPD-Niedersachsen lehnt den Betrieb von Justizvollzugsanstalten in öffentlich-privater Partnerschaft ab. Der Justizvollzug, wie er beispielsweise in Wilhelmshaven als Abteilung der Justizvollzugsanstalt Oldenburg getätigt wird, ist eine hoheitliche Aufgabe und gehört in staatliche Hände. Die Sozialtherapie im Justizvollzug ist das wesentliche Element bei der Behandlung von Straftätern. Die angebotenen Plätze im Vollzug sind derzeit stark ausgelastet. Es bedarf daher einer intensiven Überprüfung, wie eine ausreichende Anzahl an Plätzen flächendeckend angeboten werden kann. Da die Anzahl der psychisch Kranken und der Drogenabhängigen in den vergangenen Jahren im Strafvollzug stetig angestiegen ist, muss mit einem stimmigen medizinischen und psychologischen Konzept geantwortet werden. Wir werden Haftvermeidungsprojekte wie „Schwitzen statt Sitzen“ unterstützen.

### **Ambulanter Justizsozialdienst (AJSD)**

Der Ambulante Justizsozialdienst (AJSD) ist beim OLG Oldenburg angesiedelt und nimmt wichtige Funktionen für die Kriminalprävention, die Haftvermeidung und die Resozialisierung der Inhaftierten wahr. Er begleitet die Inhaftierten auf ihrem Weg in die Freiheit und bereitet sie bestmöglich auf ein Leben nach dem Gefängnis und ohne weitere Straftaten vor. Wir wissen, dass dies für die Verhinderung von Rückfällen insbesondere während der ersten sechs Monate extrem wichtig ist. Es darf gerade in dieser sensiblen Phase des Überganges zu keinerlei Verlust an Informationen kommen. Für ein effizientes Übergangsmanagement benötigen wir daher ein einheitliches Steuerungssystem von Vollzug und AJSD. Dem Übergangsmanagement kommt die zentrale Rolle bei der Verhinderung von Rückfällen der Inhaftierten zu. Wir werden den Ambulanten Justizsozialdienst als eigene Einheit dem Justizministerium unterstellen und eine gemeinsame Strategie von Justizsozialdienst und Bewährungshilfe entwickeln, freie Träger sind in diese Strategie mit einzubeziehen.

### **Mediation stärken**

Die Mediation ist ein Erfolg sozialdemokratischer Justizpolitik. Nicht jede zivilrechtliche Auseinandersetzung muss streitig vor Gericht entschieden werden. Die Vermittlung zwischen den Streitparteien im außergerichtlichen Bereich wie auch die gerichtsinterne Mediation sind weiter zu stärken. Jeder Bürger und jede Bürgerin sollte sich eine Mediation leisten können. Deshalb werden wir uns auf Bundesebene für die Einführung einer Mediationskostenhilfe einsetzen.

### **Betreuung in Niedersachsen**

In den vergangenen Jahren sind die Kosten für Betreuungen stark angestiegen. Gleichwohl werden wir die Thematik Betreuung nicht unter reinen Kostengesichtspunkten diskutieren. Wir stehen für eine qualitativ hochwertige Betreuung und die Achtung der Menschenwürde der Betreuten. Einfachere Betreuungen können von Ehrenamtlichen übernommen werden. Mittelschwere und arbeitsintensive Betreuungen – vor allem in der Anfangszeit – müssen von hauptamtlichen Kräften professionell wahrgenommen werden. Die dafür notwendigen Rahmenbedingungen sind zu schaffen.